

# StaVo

## Aktuell

### Ausgabe 4 | 2018

V.i.S.d.P.: Michael Siebel, SPD Fraktion Darmstadt, Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt  
Umsetzung: Torsten Friedrich Kommunikation, Wilhelminenstr. 7a, 64283 Darmstadt  
Bildquelle, sofern nicht anders vermerkt: Pixabay.com

DARMSTADT  
FRAKTION

SPD



Foto: Michael Siebel

### Auf ein Wort vorweg: Darmstädter Routinen: Da spielen wir nicht mit **Liebe Genossinnen und Genossen,**

nach der letzten Stadtverordnetenversammlung vor der Sommerpause möchte ich hier eine kleine Zwischenbilanz für 2018 ziehen:

Mehrkosten sind unser Dauerthema. Egal, was gebaut wird, unerwartete Kostensteigerungen sind unter Grün-Schwarz zur Darmstädter Routine geworden. In diesem Jahr waren es bislang insgesamt gut 6,6 Millionen Euro. Die Koalition winkt dies stets durch. Unsere Fraktion hingegen macht dieses Spielchen nicht mit. Derlei Fehlkalkulationen versagen wir unsere Zustimmung. Wir verlangen stattdessen, dass von vornherein ein realistischer Risikozuschlag eingeplant

wird und dass das Kostenmanagement professionalisiert wird.

Zweite Darmstädter Routine ist es, Anträge der Opposition abzulehnen. Umgekehrt spielen wir auch dieses Spielchen nicht mit. Werden vernünftige Vorschläge gemacht, stimmen wir zu, auch dann, wenn sie nicht von uns stammen. So befürworteten wir jetzt etwa die Initiative von Bündnis 90/Grünen und CDU, auf dem Eberstädter Friedhof einen Friedpark auszuweisen. Auch stimmten wir für den Antrag der Koalition, das Außengelände der Erich-Kästner-Schule zu erweitern. Was sonst noch in der Stadtverordnetenversammlung

passierte, erfahrt Ihr auf den folgenden Seiten. Viel Spaß beim Lesen unserer neuen „StaVo aktuell“.  
Euer

Michael Siebel  
Fraktionssprecher



## Kostensteigerung: KiTa Pankratiusstraße Anne Marquardt: Diese Zustände sind nicht akzeptabel

„Wenn es Routinen gibt im Stadtparlament, dann Kostensteigerungen“, beklagte die SPD-Stadtverordnete Anne Marquardt. „Immer wieder sollen wir plötzliche Mehrkosten absegnen, um bereits beschlossene Projekte zu realisieren. Es ist schon eine Serie, zu der es in jeder Stadtverordnetenversammlung mindestens eine neue Folge gibt.“ So auch jetzt: der Neubau einer KiTa in der Pankratiusstraße wird 680.000 Euro teurer, als kalkuliert. Die SPD-Fraktion wollte dies nicht durchwinken und enthielt sich.

Die Sozialdemokraten stehen zwar voll hinter der KiTa, aber nicht hinter der Kostensteigerung von immerhin 13 Prozent. Und das ist noch wenig, verglichen mit den Mehrkosten, die nach ursprünglich geplanter Ausführung entstanden wären. Denn dann wären es rund 1,1 Millionen Euro gewesen.

Das war selbst der verantwortlichen grün-schwarzen Stadtregierung zu viel. Sie schaute deshalb nach Möglichkeiten, Geld zu sparen und fand sie beim Schallschutz und Mobiliar. Hier wird sie auf einfachere, preiswertere Produkte setzen und damit mehr als 400.000 Euro wieder gut machen. So verbleiben dann nur noch 680.000 Euro an Mehrkosten. „Grundsätzlich ist es ja gut, zu sparen, wo es geht. Aber ausgerechnet in einer KiTa am Schallschutz und am Mobiliar zu sparen, das ist zumindest mutig“, meinte Marquardt, sozialpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. „Wir können nur hoffen, dass diese Einsparungen nicht auf Kosten der Kinder und Erzieherinnen gehen.“ Besonders ärgerlich ist für Marquardt bei diesem Bauprojekt die Verzögerung. Wie sie ausführte, hinkte das

Ganze schon von Anfang an dem gesteckten Zeitplan hinterher: zuerst bei der Erteilung der Baugenehmigung, dann bei den Rohbauarbeiten. „Hier muss die Stadt schneller werden“, forderte Marquardt. „Es kann nicht sein, dass städtische KiTas nicht gebaut werden können, weil die Stadt keine Baugenehmigungen erteilt.“ Die Folgen der Verzögerung sind nun für alle Betroffenen ärgerlich. „Das strapaziert nicht nur den städtischen Haushalt, sondern auch die Nerven der Eltern“, sagte Marquardt. So sollen in der Pankratiusstraße 88 Plätze für die Betreuung von Grundschulern entstehen. Plätze,

Foto: Tina Fischer  
Foto: Tina Fischer





die dringend benötigt werden für die Mädchen und Jungen der benachbarten Schillerschule. Denn das Schillerhaus, das die kleinen Besucherinnen und Besucher der Schillerschule betreut, kann keine weiteren Kinder aufnehmen. Ursprünglich war geplant, dass die Einrichtung in der Pankratiusstraße im August 2017 eröffnet wird. Dieser Termin musste bislang zwei Mal korrigiert werden. Hieß es zunächst, der Bau sei bis zu den Sommerferien dieses Jahres fertig, heißt es mittlerweile, es werde November. „Die Eltern im Martinsviertel ließ das verzweifeln“, erinnerte Marquardt. „Sie hatten darauf vertraut, durch den Neubau in der Pankratiusstraße rechtzeitig einen Betreuungsplatz für ihre Schulkinder zu bekommen.“ Folglich protestierten sie, bis die Stadt Nothilfe versprach.

Eine Notlösung, von der zu befürchten ist, dass sie länger als bis November tragen muss. „Ich fahre täglich an der Baustelle vorbei und kann mir nur schwer vorstellen, dass aus diesem Rohbau in fünf Monaten eine funktionsfähige Kinder- und Jugendeinrichtung wird“, meinte Marquardt. Sie gab zu bedenken, dass zunächst neue Ausschreibungen erfolgen und dass die Baubranche derzeit boomt. „Firmen können sich vor Aufträgen kaum retten.“ Je nachdem, wie lange die Ausschreibungen laufen und je nachdem, ob sich überhaupt Firmen für den Auftrag melden, ist für Marquardt eine weitere Verzögerung bis zur Eröffnung der neuen KiTa nicht auszuschließen. „Ein Bauprojekt, das bereits mit Verzögerungen beginnt, erhebliche Mehr-

kosten und Eltern, die sich fragen, ob sie ihren Job kündigen müssen, weil sie keinen Betreuungsplatz für ihr Schulkind bekommen, diese Zustände sind nicht akzeptabel“, empörte sich Marquardt. (tf)





## Umgestaltung Grafenstraße

**Tim Huß: Mieterhöhungen in der Grafenstraße sind nicht vertretbar**



Foto: Tina Fischer

Foto: Tina Fischer

**Die Grafenstraße wird für gut 2,4 Millionen Euro umgestaltet. So hat es die Mehrheit im Stadtparlament beschlossen. Beschlossen hat sie auch, bei den Grundstückseigentümern die Hand aufzuhalten, obwohl die Kosten ausschließlich aus Städtebaufördermitteln finanziert werden. Der SPD-Fraktion ging das gegen den Strich. Sie befürchtet Mieterhöhungen als Konsequenz und enthielt sich deshalb bei der Abstimmung.**

An den konkreten Planungen hatte die SPD nichts auszusetzen: Zwischen der Rheinstraße und der Ausfahrt des Parkhauses wird die Grafenstraße künftig 5,20 Meter messen. Auf dieser Strecke wird sie in beiden Fahrtrichtungen geführt. Im weiteren Verlauf bis zur Elisabethenstraße verschmälert sie sich dann auf 4,20 Meter und wird zur Einbahnstraße. Radler sind hiervon jedoch ausgenommen. Sie haben in beide Richtungen freie Fahrt. Mit der Verringerung der Straßenbreite kommt eine Verbreiterung der Gehwege, für eine „Verbesserung der Auf-

enthaltsqualität“, wie es in der Magistratevorlage heißt. Zudem sollen 15 Bäume dafür sorgen, dass es schöner wird.

Für diese Planungen gab es von der SPD-Fraktion die Note „gut“. „Angesichts des knappen Straßensraums ist die gefundene Lösung eine gute Lösung“, meinte der verkehrspolitische Sprecher, Tim Huß. Ebenso begrüßte er die Neuanpflanzung von Bäumen. „Ansonsten werden in Darmstadt viele Bäume gefällt. Dass hier mal welche gepflanzt werden, ist eine gute Nachricht.“ Doch mit den guten Dingen war es damit für seine Fraktion vorbei. Ein „mangelhaft“ erteilte sie dem Ansinnen, die Grundstückseigentümer zur Kasse zu bitten. Sie sollen sogenannte Ausgleichsbeiträge zahlen, weil sich durch die Umgestaltung der Grafenstraße schließlich der Bodenwert erhöhe. „Das wird dazu führen, dass in der Grafenstraße die Mieten steigen, was nicht zu vertreten ist“, bekräftigte Huß.

„Es ist aber wichtig, dass sich Durchschnittsbürger auch in der Innenstadt eine Wohnung leisten können.“ Deshalb hatte sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Ein weiterer Kritikpunkt für die Sozialdemokraten war, dass es hier erneut zu einer Kostensteigerung gekommen ist. Ursprünglich waren für die Umgestaltung der Grafenstraße 2,1 Millionen Euro veranschlagt und vom Stadtparlament beschlossen worden. Mittlerweile ist die Summe jedoch auf 2,4 Millionen Euro geklettert. „Mit unserem Steuergeld muss sorgsamer umgegangen werden. Ernsthaftige Bemühungen im Kostenmanagement kann ich beim Magistrat jedoch nicht erkennen“, bedauerte Huß. (tf)





SPD-Fraktion stritt für Mietpreisdeckelung bei städtischer Bauverein AG  
**Michael Siebel: Wir müssen gegen die Mietpreis-Explosion angehen**



Foto: Tina Fischer

Foto: Torsten Friedrich

Ein „sozialistisches Fegefeuer“ entfachte Michael Siebel jetzt in der Stadtverordnetenversammlung – jedenfalls nach Ansicht der grün-schwarzen Koalition. Der SPD-Fraktionschef hatte nämlich eine Mietpreisdeckelung beim Bauverein vorgeschlagen. Die Regierungsmehrheit lehnte dies empört ab. Dabei hatten CDU und Grüne im Landtag das mutmaßliche „sozialistische Fegefeuer“ selbst geschürt. Sie beschlossen, die Mieten bei der Nassauischen Heimstätte einzufrieren. Der höllische Clou daran: bei der Nassauischen liegt die Durchschnittsmiete mit 5,71 Euro pro Quadratmeter deutlich unter der des Bauvereins, die 6,33 Euro beträgt.

Es bleibt dabei: Wohnen in Darmstadt wird immer teurer. Das bestätigt nun auch der neue Mietspiegel, den die Stadtverordneten beschlossen haben. Danach sind die Mieten für frei finanzierte Wohnun-

gen seit 2014 erneut um fast neun Prozent gestiegen. Trotzdem hat der Mietspiegel auch sein Gutes. „Indem er die Durchschnittsmieten aufzeigt, hat er eine dämpfende Wirkung auf die Preisentwicklung“, meinte Siebel. Doch das allein ist dem Sozialdemokrat zu wenig. Er würde gerne noch mehr dämpfen. „Wir müssen gegen die Mietpreis-Explosion angehen“, forderte er. Fragt sich bloß, wie die Kommunalpolitik das tun soll. Siebel nannte hier die Mietpreisdeckelung als taugliches Instrument, den aufgeheizten Darmstädter Mietmarkt etwas abzukühlen. „Mittlerweile ist es rechtlich möglich, bei Wohnungen von öffentlichen Wohnungsbau-Gesellschaften die Mieten zu deckeln“, erläuterte Siebel, „und das sollte auch gemacht werden.“ Wie er betonte, würden hiervon nicht nur die Mieter der

Bauverein AG profitieren. Die Auswirkungen seien viel weitreichender. „Die gedeckelten Mieten fließen in den Mietspiegel mit ein und der wirkt auf die Mietpreisgestaltung“, ist sich Siebel sicher. „Wir haben als öffentliche Hand die Verantwortung, dort, wo wir Einfluss nehmen können, dies auch zu tun“, appellierte der SPD-Fraktionschef an die Stadtverordneten. Doch die wollten mehrheitlich dieser Verantwortung nicht nachkommen. Grund: „Wir müssen auch ein bisschen Geld verdienen“, wie es aus Reihen der CDU hieß. (tf)





## Wohnungsbau: Starkenburg-Kaserne

### Michael Siebel: Wir sind dringend auf das Areal angewiesen

**Was lange währte, wurde nun endlich beschlossen: Bereits am 5. Februar hatte die SPD-Fraktion ihren Antrag „Starkenburg-Kaserne für Wohnraum entwickeln“ eingereicht. Jetzt wurde er endlich im Stadtparlament behandelt. Nach kleinen Änderungen stimmten alle Fraktionen zu. „Wir sind dringend auf das Areal angewiesen“, sagte SPD-Fraktionschef Michael Siebel. Er begrüßte daher den einstimmigen Beschluss, kritisierte jedoch die Informationspolitik der grün-schwarzen Stadtregierung als unzureichend.**

Für Siebel ist es absolut verständlich, dass ein Oberbürgermeister in sensiblen Angelegenheiten, wie schwierige Verhandlungen es sind, mitunter Diskretion wahren muss. „Wenn die Verschwiegenheit jedoch nur gegenüber uns Oppositionspolitikern gilt, nicht jedoch der Presse gegenüber, dann stimmt da etwas ganz grundsätzlich nicht“, monierte er. So berichtete das Darmstädter Echo unter Berufung auf den Verwaltungschef von einem Sinneswandel im Verteidigungsministerium. Es habe

sich „in der Frage bewegt“ und habe „die Tür für weitere Verhandlungen aufgemacht“, wurde Partsch zitiert. Die Neuigkeiten: Beide Staatssekretäre unterstützten Darmstadts Anliegen, auf dem Kasernen-Gelände in Zukunft ein neues Wohnquartier zu entwickeln. „Wenn die Presse diese Informationen erhält und veröffentlichen darf, dann können sie nicht der Verschwiegenheit unterliegen“, stellte Siebel fest. Daher ärgerte es ihn, dass die Kommunalpolitiker derlei elementare Dinge für ihre Arbeit aus der Presse erfahren müssen. „Eine solche Informationspolitik ist kurios und nicht akzeptabel.“

Zukünftig wird die grün-schwarze Stadtregierung mehr Transparenz walten lassen müssen. Denn in dem SPD-Antrag zur Starkenburg-Kaserne findet sich der Passus: „Wir fordern den Magistrat auf, mit dem Bund über die Umsiedlung der Heeresinstandhaltungslogistik (HIL GmbH) zu verhandeln. Über den Stand der Gespräche ist regelmäßig zu berichten.“ Dem haben alle Stadtverordneten zuge-

stimmt. Unverändert blieb auch die Forderung in dem SPD-Antrag, schon jetzt nicht mehr genutzte Bereiche des Kasernen-Geländes schnellst möglich für den Wohnungsbau für untere und mittlere Einkommen zu nutzen. Weggefallen ist aus dem SPD-Antrag jedoch der Hinweis auf einen Alternativstandort für die Panzerwerkstatt. Die Sozialdemokraten hatten hier die Major-Karl-Plagge-Kaserne in Pfungstadt vorgeschlagen. Für die Regierungsfractionen ging das zu weit. „Wir wollen dem Ministerium keine Vorschriften machen“, begründeten sie ihren Änderungsantrag, mit dem die Ausführungen zu Pfungstadt gestrichen wurden. Die SPD-Fraktion ließ sich darauf ein. „Entscheidend ist, dass wir alle elementaren Punkte unseres Antrags durchsetzen konnten“, sagte Siebel. (tf)



Foto: Tina Fischer

Foto: Torsten Friedrich





## SPD-Fraktion enthielt sich beim Kauf einer Jugendstilsammlung Dagmar Metzger: Es müsste ein Wertgutachten vorliegen



Foto: Tina Fischer  
Foto: Torsten Friedrich

**Wer kauft schon gerne die „Katze im Sack“? Offenbar die Darmstädter Stadtpolitiker. So segnete die Mehrheit im Parlament den Kauf einer privaten Jugendstilsammlung für 600.000 Euro ab, obwohl unklar ist, was konkret erworben wird, wie die kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Dagmar Metzger, monierte. Die Sozialdemokraten enthielten sich deshalb.**

Bei der Kunstsammlung soll es sich im Wesentlichen um den Nachlass von Christian Heinrich Kleukens handeln. Der Drucker, Typograph und Lehrer zählt zu den zentralen Mitgliedern der Künstlerkolonie Mathildenhöhe und war Leiter der Ernst- Ludwig-Presse. Laut Magistratsvorlage besteht das Konvolut aus „unzähligen Dokumenten“, die für die Künstler-

kolonie gedruckt worden seien, etwa Speise- und Einladungskarten, Urkunden und Briefe, Grafiken, „unzähligen Büchern“ zu ihrer Geschichte, sowie Werken ihrer Mitglieder. Hinzu komme ein „großer Bestand“ an Dokumenten zur Stadtgeschichte. „Unzählige Fragen“ warf diese Beschreibung bei Dagmar Metzger auf. Fragen, die sie auch in dem externen Gutachten, auf das die Magistratsvorlage verweist, und das erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung verteilt wurde, nicht beantwortet fand. „Bei einem Gutachten zu einem Kauf erwarte ich doch, dass ich erfahre, was ich kaufe. Das ist hier nicht der Fall“, kritisierte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende. Größe und Zustand der Sammlung blieben für sie unklar, eben-

so wie die Preisbildung. „Es müsste ein Wertgutachten vorliegen“, forderte Metzger. An einer solch soliden Entscheidungsbasis hat es die grün-schwarze Stadtregierung aber mangeln lassen. Die SPD-Fraktion konnte daher keine Entscheidung treffen. (tf)



# Darmstadt- Wixhausen

SPD-Fraktion kämpfte für Wixhausens eigenen Zukunftsplan  
**Tim Huß: Spezielle Probleme erfordern individuelle Lösungen**



Foto: Tina Fischer

Foto: Tina Fischer

**Einen Plan für die Zukunft Wixhausens hatte der Ortsbeirat geschmiedet. Aber vergeblich. Die grün-schwarze Mehrheit im Stadtparlament hat den Vorschlag vom Tisch gefegt. Stattdessen bekommt der nördlichste Stadtteil den „Masterplan“ übergestülpt. „Unbegreiflich“ war dies für den SPD-Stadtverordneten Tim Huß, der zuvor für den Wixhäuser Antrag geworben hatte.**

Der Ortsbeirat hatte beantragt, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Gremien, Vereinen sowie Bürgerinnen und Bürgern, einen neuen Stadtteilrahmenplan für Wixhausen zu entwickeln. Berücksichtigt werden sollten insbesondere folgende Themen: die Einzelhandelsituation, die Entwicklung eines Stadtteilzentrums, die Verkehrsanbindung, Fluglärm und Siedlungsbeschränkung, Infrastrukturmaßnahmen wegen des

FAIR Projekts sowie Spielplatz- und Sportentwicklung. Wie Ortsvorsteher Moritz Röder betonte, hatte der Ortsbeirat diesen Antrag einstimmig auf den Weg gebracht, also auch mit den Stimmen von CDU und UWIGA. Im Stadtparlament sah das dann anders aus. Die CDU votierte – gemeinsam mit den Grünen – geschlossen gegen den Wixhäuser Zukunftsplan, der damit erledigt war. Dabei fand Tim Huß gute Argumente für die vom Ortsbeirat formulierten Schwerpunktthemen. So verwies er etwa auf das Nahversorgungskonzept. Danach verfügt Wixhausen über die mit Abstand geringste Verkaufsfläche aller Darmstädter Stadtteile, insbesondere was Lebensmittel angeht. „Dem Nahversorgungskonzept zufolge ist der gesamte westliche Teil von Wixhausen unterversorgt“, erläuterte Huß und forderte, das

Angebot dringend auszubauen. Hierbei räumte er ein, dass im Einzelhandelskonzept der Stadt zwar festgelegt sei, keine Märkte in der Peripherie zu errichten. Stattdessen sollten das Stadtzentrum und die Stadtteilzentren gestärkt werden, „doch Wixhausen hat gar kein Stadtteilzentrum, das gestärkt werden könnte. Auch hier ist Abhilfe nötig.“

Beim Verkehr sorgte Huß für eine Pointe. Die Vorlage hierfür hatte eine grüne Stadtverordnete in der vorherigen Sitzung geliefert. „Ich glaube, die TU gehört zu Darmstadt. Deshalb muss sie auch per Straßenbahn angebunden werden“, zitierte er. Diesen Faden





**WIXHAUSEN**  
**FORDERT EINE FAIRE LÖSUNG**



**DESHALB STREUUNG DER FLUGROUTE AMTIX KURZ!**

Foto: Tina Fischer

griff er gerne auf und spannt ihn weiter: „Alles, was zu Darmstadt gehört, muss per Straßenbahn angebunden sein. Aber wer ist nicht angebunden? Wixhausen! Das gehört aber auch zu Darmstadt. Glaube ich“, so Huß – zuletzt augenzwinkernd.

Dagegen bot ihm das Thema Stadtteilentwicklung keinerlei launige Ansätze. „Der Fluglärm und die Verschiebung der Abflugroute AMTIX kurz bremsen Wixhausens Entwicklung erheblich aus. Das haben wir immer wieder kritisiert“, erinnerte Huß. Obendrein vermisst er Konzepte der Stadt, wie etwa mit dem rapiden Aufbau von Arbeitsplätzen beim FAIR Projekt umgegangen werden soll, „denn Wixhausen bietet hier weder ausreichend Wohnraum, noch sonstige Infrastruktur.“ Doch Huß Argumente stießen nur bei SPD, FDP, Linken und einem UWIGA Stadtverordneten auf offene Ohren. Grüne und CDU dagegen waren taub dafür.

„Wixhausen den Masterplan aufzudrücken, das verkennt die sehr speziellen Probleme dieses Stadtteils, die individuelle Lösungen erfordern, es untergräbt die Befugnisse, die die Hessische Gemeindeordnung Ortsbeiräten gibt und es missachtet die örtliche Kompetenz in eigenen Angelegenheiten“, empörte sich Huß.

Enttäuscht erklärte Wixhausens Ortsvorsteher Röder am Abend: „Es ist keine Option, einfach zu sagen, mit dem „Masterplan Darmstadt 2030 plus“ ist der Plan für die Zukunft Wixhausens erledigt. Jeder, der ernsthaft und ehrlich prüft, ob das eine sinnvolle Alternative ist, wird es verneinen.“ Wie auch Röder betonte, geht es in Wixhausen um sehr konkrete Probleme, die sehr konkret besprochen und angepackt werden müssen. „Es geht nicht darum, Visionen für

die Gesamtstadt zu entwickeln, sondern darum, dass die ältere Dame in der Händlerstraße auch morgen noch ihren Einkauf zu Fuß oder mit dem Fahrrad erledigen kann.“ Doch die grün-schwarze Mehrheit im Stadtparlament hat offenbar andere Pläne.

Das Argument, wenn man Wixhausen für seinen Zukunftsplan grünes Licht gäbe, könnten andere Stadtteile ähnliches fordern, zerschlug Röder. „So kann man doch keine Politik gestalten. Wenn wir anfangen, nicht mehr zu handeln, weil das Handeln Begehrlichkeiten wecken könnte, dann machen wir uns selbst Handlungsunfähig.“ (mr/ft)





**SPD-Fraktion beantragte „Großes Verkehrspaket für saubere Luft“  
Tim Huß: die Gesundheit der Bürger nicht länger aufs Spiel setzen**



Foto: Tina Fischer

**Die Stadt, die Luft und der Verkehr – die SPD-Fraktion will, dass sich endlich etwas bewegt, und zwar zum Besseren. Sie hatte deshalb ein „großes Verkehrspaket für saubere Luft“ beantragt. „Das Herumdoktern an einzelnen Elementen führt zu nichts. Was wir brauchen, ist ein umfassendes Konzept, das uns nicht im Verkehr und in Abgasen ersticken lässt“, sagte der verkehrspolitische Sprecher, Tim Huß. Die grün-schwarze Mehrheit hielt es für überflüssig und lehnte den Antrag ab.**

„Wenn wir Fahrverbote ablehnen, müssen wir aber auch Alternativen bieten“, sagte Huß. Doch genau daran mangle es der Stadtregierung. Wie er erinnerte, war das Urteil in Leipzig kaum gesprochen, da kündigte die Stadt drei Straßensperrungen an, obgleich das

Bundesverwaltungsgericht dies nicht per se verlangt, sondern nur als letzte Möglichkeit gestattet hat. „Hier hat unser grüner Oberbürgermeister richtig Gas gegeben, aber in die falsche Richtung. Bei der tatsächlich nötigen Verkehrswende jedoch fährt er mit angezogener Handbremse“, kommentierte Huß. Geradezu peinlich sei es im weiteren Verlauf geworden. Es währte keine Woche, da manövrierte der Magistrat wieder zurück. Er tat seine eigene Antwort auf das Diesel-Urteil als widersinnig ab. Simulationen hätten gezeigt, dass Straßensperrungen zu einer Verlagerung von Verkehr und Abgasen führen. „Das ist jedem Bürger klar. Bloß unserem Magistrat nicht. Der braucht dafür extra eine Simulation“, ärgerte sich Huß. Für ihn ein Offenbarungseid.

„Das zeigt, dass die grün-schwarze Stadtregierung mit leeren Händen dasteht.“ Daran habe sich bis heute nichts geändert. Dabei seien mittlerweile vier Monate verstrichen. Die Wiesbadener Stadtregierung habe bereits am Tag nach dem Urteilsspruch ein Konzept vorgelegt. Für Darmstadt sei das umso dringender, denn die Luft sei miserabel. „Dem Umweltbundesamt zufolge haben wir hessenweit die höchste Luftbelastung mit Stickstoffdioxid. Sogar bundesweit zählen wir zu den Städten mit der größten Luftverschmutzung.“





Wie gesundheitsschädigend Stickstoffdioxid ist, belegt eine Studie des Umweltbundesamtes: deutschlandweit ließen sich 2014 etwa 6.000 vorzeitige Todesfälle aufgrund von Herz-Kreislaufkrankungen auf die Stickstoffdioxidbelastung zurückführen. Die Studie offenbart obendrein, dass die Belastung mit Stickstoffdioxid, das als gefährliches Atemgift gilt, im Zusammenhang steht mit Krankheiten wie Diabetes mellitus, Bluthochdruck, Schlaganfall, der chronisch obstruktiven Lungenerkrankung (COPD) und Asthma. „Das zeigt doch, wie dringend wir handeln müssen. Dazu sind wir verpflichtet. Wir dürfen die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger nicht länger so fahrlässig aufs Spiel setzen“, meinte Huß. Er hat deshalb ein „großes Verkehrspaket für saubere Luft“ geschmürt. Hineingepackt hat er eine ÖPNV-, eine Radwege- und eine E-Mobility-Offensive. Dazu gehören

etwa günstige Jahrestickets, Neubau und Ausbesserung von Radwegen sowie der Aufbau einer smarten Ladeinfrastruktur. „Wir brauchen Lösungen, die unseren Bürgern alternative Mobilität anbieten, deren Nutzung attraktiv ist. Ansonsten bleibt die Verkehrswende auf der Strecke.“

Die grün-schwarze Mehrheit jedoch hat abgewunken. (tf)



# HINDENBURGSTRASSE

Reichspräsident Paul von  
Beneckendorf u. Hindenburg 56 - 33

SPD-Fraktion stimmte für neues Zusatzschild der „Hindenburgstraße“  
**Anne Marquardt: Er war Kriegsherr, Reichspräsident und Wegbereiter Hitlers**



Foto: Tina Fischer

Foto: Tina Fischer

**„Kriegsherr, Reichspräsident und Wegbereiter Hitlers“, dieses neue Zusatzschild für die „Hindenburgstraße“ hatte nun die Linke gefordert. Doch die grün-schwarze Mehrheit im Stadtparlament schmetterte den Antrag ab. Zuvor hatte die SPD-Stadtverordnete Anne Marquardt historische Fakten erläutert, um die Notwendigkeit eines solchen Schildes zu untermauern. Aber die Fakten beeindruckten die Koalition nicht.**

Nicht erstmalig beschäftigte die „Hindenburgstraße“ die Kommunalpolitiker. Schon vor Jahren wurde eine Namensänderung diskutiert - und verworfen. Das damalige Argument: Auch wenn Hindenburg keine Person sei, deren Lebensleistung auf der Basis unserer heutigen Werte besonders zu würdigen sei, so handele es sich trotzdem um eine Person, die unsere Ge-

schichte in besonderer Weise geprägt habe und an die man sich – in kritischer Reflexion und Diskussion – erinnern sollte. Hierzu Marquardt: „Gerade wenn man dieses Argument ernst nimmt, dann erscheint es geboten, diese kritische Reflexion und Diskussion auch anzuregen. Sie dadurch anzuregen, dass man nicht einfach neutral darauf hinweist, dass Hindenburg Reichspräsident war, sondern dadurch, dass man deutlich macht, was er eben auch war: ein Kriegsherr und Wegbereiter Hitlers.“

Wie die SPD-Stadtverordnete erläuterte, war Hindenburg als Oberste Heeresleitung auch maßgeblich für die strategischen Entscheidungen verantwortlich, unter anderem bei der Schlacht von Verdun. Dort war eine Abnutzungsschlacht geplant,

die bis zur vollständigen personellen Erschöpfung Frankreichs geführt werden sollte. Die Idee: Deutschland verfügt über mehr Männer im wehrfähigen Alter. Die deutschen Kanonen fügen den Franzosen mehr Verluste zu als umgekehrt. Wenn also alle französischen Männer im wehrfähigen Alter gefallen sind, dann gibt es noch genug Deutsche Männer, um Frankreich zu besetzen. Marquardt: „Eine Person, die solche Schlachten führt, ist kein gewiefter Stratege oder großer Taktiker, sondern ein Kriegsherr – und als solcher sollte er auch bezeichnet werden.“





Zur Erläuterung der zweiten Zuschreibung, Wegbereiter Hitlers, führte Marquardt die Dolchstoßlegende an. Wie sie ausführte, war Hindenburg maßgeblich daran beteiligt und berichtet auch stolz davon in seinen Memoiren, dass diese Mär in Umlauf kam. Wahrheitswidrig wurde behauptet, dass das Deutsche Heer, kurz vor dem Triumph an der Westfront, durch den feigen Dolchstoß der Sozialisten niedergestreckt worden wäre. „Diese Legende – besser wohl als Dolchstoßlüge zu bezeichnen – war historisch eine der größten Hypotheken, die es der Weimarer Republik kaum ermöglichte, einen demokratischen Neuanfang zu gestalten.“ Hindenburg könne deshalb – insbesondere durch die von ihm mitformulierte Dolchstoßlüge, als Wegbereiter Hitlers bezeichnet werden.

Marquardt: „Wenn wir es also ernst damit meinen, dass wir an Paul von Hindenburg erinnern wollen, um

uns kritisch mit seiner Person auseinander zu setzen, dann müssen wir ihn auch als das bezeichnen, was er war – Kriegsherr, Reichspräsident und Wegbereiter Hitlers.“ Die Mehrheit im Parlament sah es anders. (mr/uf)





## Radverkehr

### Yasemin Aslan: Verkehrsfläche Rheinstraße neu ordnen statt ganz neue Radfahrstrecke



Foto: Tina Fischer

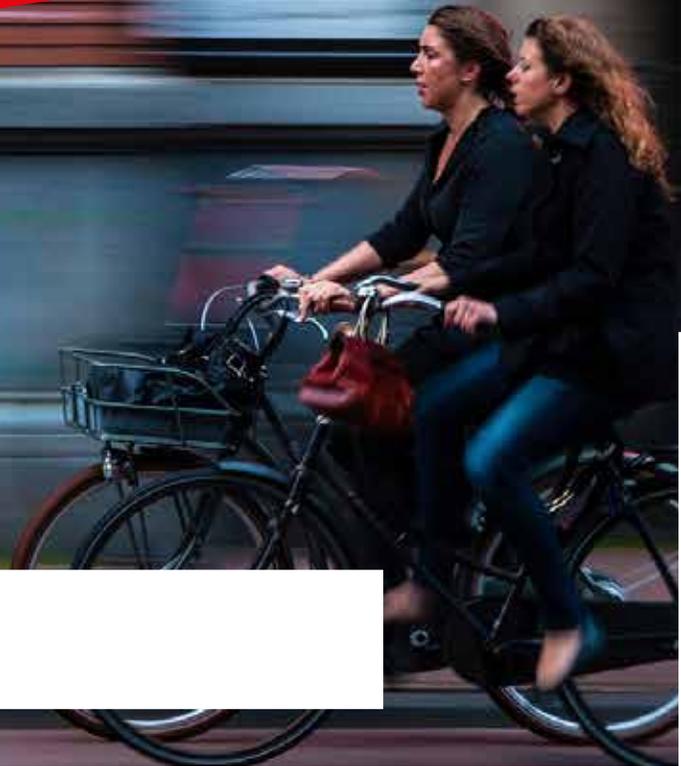
**Den Vorschlag von Uffbasse, bei der Auswertung des Verkehrsversuchs Rheinstraße eine ganz andere Radfahrstrecke als die Rheinstraße für die Radfahrer zu ertüchtigen, lehnen wir ab. Eine Parallelstraße kann allenfalls eine Zusatzlösung sein. Denn die Strecke, die Uffbasse vorschlägt, endet mitten in der Innenstadt.**

Aus eigener Erfahrung und auch aus der Studie zur Nord-Ost-Umgehung, die damals von der hessischen Landesregierung in Auftrag gegeben wurde, wissen wir aber, dass der Verkehr vom östlich gelegenen Landkreis Darmstadt-Dieburg (dem sogenannten Ostkreis) zu den Firmen in den Darmstädter Westen fließt und dass diese Ost-West-Verbindung eine ganz wichtige für den Verkehr ist - sowohl für Autos, als auch für ÖPNV, Fußgänger und Radfahrer. Wir wollen oft

gar nicht in die Innenstadt, sondern nur auf die andere Seite der Stadt. Deswegen brauchen wir auch die Rheinstraße als Ost-West-Verbindung weiterhin und lehnen den Antrag ab. Und zum Verkehrsversuch Rheinstraße: Dass der für die Radfahrer gründlich in die Hose gegangen ist, sieht jeder Darmstädter. Die Radfahrer fahren total beengt, links sind die fahrenden Autos, rechts die parkenden, das muss nun wirklich nicht sein. Falls es dabei bleibt, dass den Autofahrern eine Spur reicht, dann gibt es aber genug Platz, den Verkehrsraum insgesamt neu zu ordnen, und zwar Radfahrer wieder schön sicher rechts von den parkenden Autos (Fahrspur, Park"spur", Poller, Radfahrspur, Bordstein für Fußgänger). Dass dafür gebaut werden muss, der momentane Bordstein verkürzt oder verlängert und auch Hindernisse vom

momentanen Bordstein verschoben, ist klar. Doch ebenso klar ist, dass die Rheinstraße eine wichtige Verkehrsachse in Darmstadt ist und auch Aushängeschild für Darmstadt, da kann und sollte die bestmögliche Lösung her. Wenn nicht jetzt, wann dann? (ya)





## Radentscheid

### Michael Siebel: Zeichen müssen Taten folgen

**Als „sehr befremdlich“ kommentierte SPD-Fraktionschef Michael Siebel das Verhalten der grün-schwarzen Stadtregierung zum „Radentscheid Darmstadt“. Es passiert nämlich nichts. „Das kann nur daran liegen, dass der Magistrat dem Bürgerbegehren nicht folgen will, sondern einen eigenen Antrag hierzu plant“, sagte Siebel.**

Rund sechs Wochen sind bereits vergangen, seit die Bürgerinitiative ihre Unterschriftenlisten an den Oberbürgermeister übergeben hat. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung redete er sich damit heraus, es würden immer noch Unterschriften abgegeben. „Dabei sind schon ausreichend gültige Unterstützungsunterschriften da“, betonte Siebel. Zum weiteren Verfahren schreibt die Hessische Gemeindeordnung (HGO) vor, dass die Gemeindevertretung über die Zulässigkeit

des Bürgerbegehrens zu entscheiden hat. „Deshalb wäre zu erwarten und auch wünschenswert gewesen, dass wir diese Entscheidung jetzt, in der letzten Sitzung vor der Sommerpause, treffen, um die Volksabstimmung gemeinsam mit der Landtagswahl am 28. Oktober zu ermöglichen.“, meinte Siebel. „Das würde dem ‚Radentscheid Darmstadt‘ eine hohe Wahlbeteiligung garantieren und obendrein Kosten für einen separaten Termin ersparen.“

Doch die grün-schwarze Stadtregierung hatte den Radentscheid für diese Sitzung unter den Tisch fallen lassen. Dass er dennoch auf den Tisch des Hauses kam, lag an einer „Dringlichen Großen Anfrage“ von UFFBASSE. Die Fraktion wollte detaillierte Informationen zum weiteren Ablauf und den Erfordernissen an die Zulässigkeit. „Wirkliche Antwort-

ten blieb unser Oberbürgermeister leider schuldig“, beklagte Siebel. Stattdessen verwies der Verwaltungschef auf den 27. Juni. Für diesen Tag kündigte er Auskunft zum Radentscheid an. Ansonsten gab es lediglich den nebulösen Hinweis: „Wir müssen die Rechtmäßigkeit prüfen. Dazu gibt es ein Gutachten, das wir jetzt prüfen müssen.“

Indes mahnt Siebel dazu, den Bürgerentscheid nun nicht zu verschleppen. Das Vorgehen des Magistrats wirkt auf ihn umso kurioser, weil Darmstadt in den vergangenen drei Wochen wieder am Stadtradeln teilgenommen hatte. Man wolle „einen Beitrag zum Kli-



Foto: Tina Fischer





maschutz zu leisten“ und „ein Zeichen für vermehrte Radförderung in der Kommune setzten“, hieß es dazu auf der Homepage der Wissenschaftsstadt. „Solchen Zeichen müssen aber auch Taten folgen“, meinte der SPD-Fraktionschef. Deshalb fordert er, endlich die nötige Verkehrswende einzuläuten. Hierzu gehört für ihn auch, den Weg für den „Radentscheid Darmstadt“ frei zu machen.

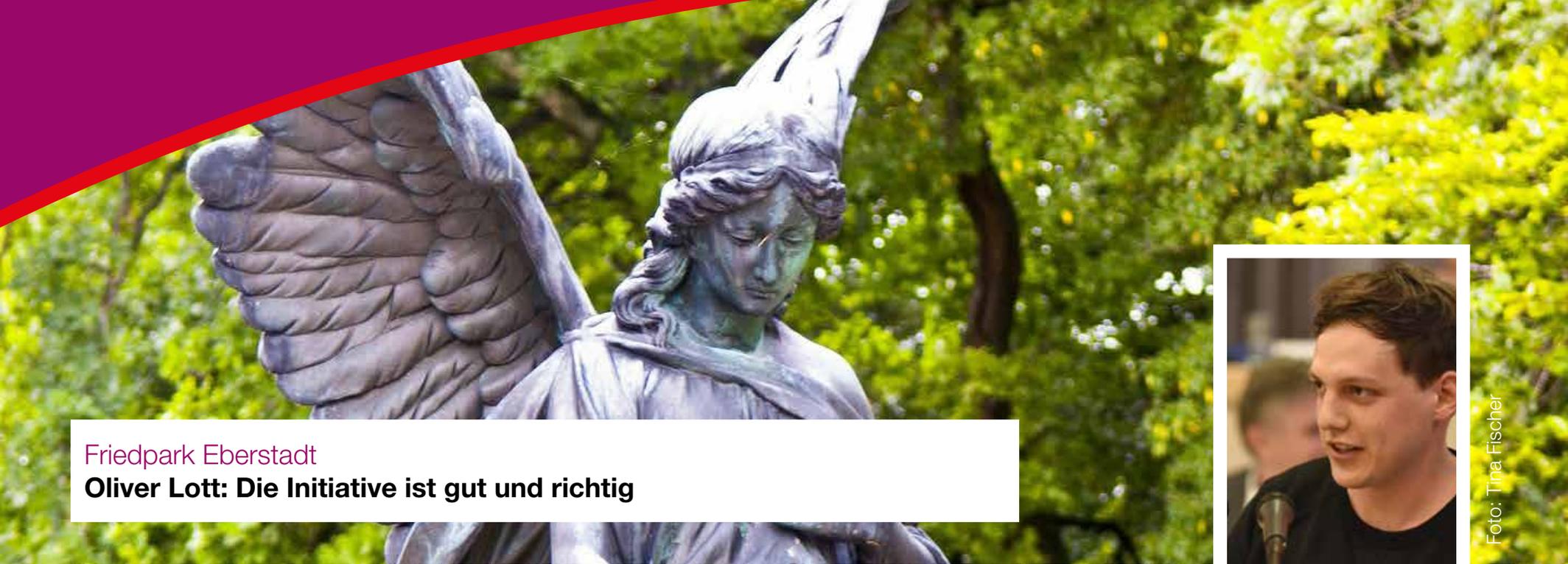
„Die grün-schwarze Radverkehrs-Politik erschöpft sich leider nur in wohlfeilen Worten. An Taten lässt es unsere Stadtregierung mangeln“, stellte Siebel fest. Er erinnerte daran, dass die SPD-Fraktion bereits zweimal beantragt habe, den Radwege-Etat zu erhöhen. Beide Male aber in den Haushaltsberatungen damit gescheitert sei. Siebel: „Die grün-schwarze Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung hat die Erhöhung des Etats für Radwege verhindert.“ Folglich habe

sich im Darmstädter Radverkehr kaum etwas bewegt. Dieses Dahindümpeln habe die Unzufriedenheit der Darmstädter geschürt. „Die Bürgerinnen und Bürger wollen sich die Untätigkeit der Stadtregierung nicht länger bieten lassen. Deshalb haben sie die Initiative „Radentscheid Darmstadt“ gegründet. Per Bürgerentscheid möchten sie die Verantwortlichen nun dazu zwingen, endlich tätig zu werden.“ Sollten sie Erfolg damit haben, ist die Stadtregierung verpflichtet, die Forderungen der Initiative umzusetzen: jährlich jeweils fünf Kilometer sichere Radwege an Hauptverkehrs- und attraktiven Nebenstraßen, drei sichere Kreuzungen sowie 50 Bordsteinabsenkungen und 10 Gehweg-Aufpflasterungen.

„Wer einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, und ein Zeichen für vermehrte Radförderung in der Kommune setzten

möchte, der kann sich nicht damit begnügen, drei Wochen im Jahr zum Stadtradeln aufzurufen und sich ansonsten hinter Ausreden verstecken. Es ist doch auffällig, dass immer dann, wenn tatsächlich vermehrte Radförderung ansteht, jede Maßnahme für mehr Sicherheit unserer Bürger mit einem ‚Ja, aber‘ abbügelt wird.“ Statt ewiger Ausreden sei dauerhaft und nachhaltig Verkehrspolitik gefragt. „Schlimm genug, wenn die Bürger die Stadtregierung erst dazu treiben müssen.“ (tf)





Friedpark Eberstadt

## Oliver Lott: Die Initiative ist gut und richtig



Foto: Tina Fischer

**Die Bestattungskultur wandelt sich. „Immer mehr Menschen wünschen sich eine letzte Ruhestätte in der Natur“, sagte der SPD-Stadtverordnete Oliver Lott. Seine Fraktion stimmte deshalb dem Antrag zu, auf dem Eberstädter Friedhof eine gesonderte Friedpark-Fläche auszuweisen. Der Magistrat muss nun die Friedhofssatzung ändern und Gebühren erarbeiten. Die Ergebnisse werden den Kommunalpolitikern dann erneut zur Abstimmung vorgelegt.**

Als für den Bürgerhaushalt 2014 der Vorschlag eingebracht wurde, im Darmstädter Wald einen „Friedwald“ einzurichten, quitierte das die grün-schwarze Stadtregierung mit einem „Nein“. „Das vorhandene Angebot für naturnahe Bestattungen der Wissenschaftsstadt Darmstadt, insbesondere auf dem Waldfriedhof mit seinem dichten Baumbestand, werden als ausreichend angesehen“, lautete die Begründung. Mittlerweile ist offenbar ein Sinneswandel eingetreten. Denn

es waren die Fraktionen von Bündnis90/die Grünen und CDU, die den Antrag stellten, auf dem Eberstädter Friedhof eine Friedparkfläche auszuweisen.

Hierzu Lott: „Es ist lobenswert, dass Grün-Schwarz ihre Positionen überdenken und den einst verworfenen Vorschlag der Bürgerinnen und Bürger nun doch – wenn auch etwas anders – mit einem eigenen Antrag aufgreifen.“ Für die SPD-Fraktion ist diese Initiative gut und richtig. „Naturnahe Bestattungen liegen im Trend. Viele finden es schöner, als das klassische Reihengrab, das obendrein regelmäßig gepflegt werden muss. Zudem mangelt es immer mehr Menschen an Verwandtschaft, hier vor Ort, die die Grabpflege übernehmen würde.“

Als Eberstädter freute sich Lott obendrein, dass ausgerechnet sein Stadtteil nun einen Friedpark bekommt. „Es wäre schön, wenn sich unsere grün-schwarze Stadtregierung nun auch um die ande-

ren Eberstädter Themen kümmern würde“, ergänzte er, immerhin liege Vieles an. „Was ist mit der Verschönerung des Ortskerns? Wie sieht es aus mit der Umgestaltung der Haltestelle Wartehalle? Was wird aus den Planungen des Thementischs „Bürgerforum Eberstadt“ zur Konversion des Klinikgeländes?“ Um Antworten zu erhalten, hat Lott gemeinsam mit der Eberstädter Stadtverordneten und stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden, Dagmar Metzger, drei Kleine Anfragen eingereicht. „Dann erhalten wir hoffentlich die Informationen, die wir brauchen, um unsere Arbeit für Eberstadt fortzusetzen“, meinte Lott. (tf)





## SPD-Fraktion befürwortete Prüfung eines neuen Schulhofs für die Erich-Kästner-Schule Santi Umberti: Schule muss einer der schönsten Plätze für die Kinder sein

**Gute Nachrichten für die Kids der Erich-Kästner-Grundschule: Sie sollen einen neuen Schulhof bekommen, groß und natürlich. Jedenfalls wenn es nach dem Wunsch der Darmstädter Stadtverordneten geht. Einstimmig beschlossen sie zu prüfen, ob das benachbarte Grundstück als neuer Schulhof genutzt werden kann. „Er darf sich aber nicht wieder zu einer staubigen Wüste entwickeln“, mahnte der Kranichsteiner SPD-Stadtverordnete Santi Umberti. „Die Schule muss einer der schönsten Plätze für die Kinder sein.“**

Ende des Jahres soll es endlich losgehen mit dem längst fälligen Erweiterungsbau für die Erich-Kästner-Grundschule. Angekündigt hatte ihn die grün-schwarze Stadtregierung bereits 2016, doch

dann kamen ihr andere Dinge dazwischen. „Jetzt wird der Baubeginn hoffentlich nicht wieder verschoben“, sagte Umberti. „Die Erich-Kästner Schule darf nicht erneut hinten angestellt werden. Sie ist mit fast 600 Schülerinnen und Schülern Darmstadts größte Grundschule und die Erweiterung ist dringend erforderlich.“

Durch den Neubau, der unter anderem eine Mensa sowie sechs Klassenzimmer beherbergen wird, kommt es zu einer Verkleinerung des Schulhofs. Obendrein wird er in zwei Flächen zergliedert. Deshalb soll die Stadt nun prüfen, ob das benachbarte Grundstück, das sich ohnehin in städtischem Besitz befindet, als neuer Schulhof hergerichtet werden kann. Die Gestaltung soll naturnah werden, diese Vorgabe haben die Stadtverordneten gemacht. Bei allem

weiteren sind die Schülerinnen und Schüler gefragt. Ihre Vorschläge sollen schon frühzeitig in die Planungen einfließen. So beschlossen es die Kommunalpolitiker. Hierzu Umberti: „Wichtig ist, dass der Schulhof für die Kinder und ihre Bedürfnisse gestaltet wird. Das kann nicht aus dem Verständnis der Erwachsenenwelt heraus erfolgen. Hierzu bedarf es der Perspektive der Kinder.“

(tf)



Foto: Tina Fischer

Foto: Tina Fischer





## Minderjährige Flüchtlinge

### Sabine Heilmann: Keine generelle Überprüfung der Altersangaben von minderjährigen Flüchtlingen



Foto: Tina Fischer

**In Darmstadt war eine 17-Jährige lebensgefährlich verletzt worden. Mutmaßlicher Täter war der Ex-Freund, ein angeblich 16 Jahre alter Flüchtling. Es gibt ähnliche Fälle mit tödlichem Ausgang, bei denen der Angreifer minderjährig sein sollte. Nun verlangen Politiker verschiedener Parteien auf Bundesebene eine konsequentere Altersprüfung junger Flüchtlinge, da es in Einzelfällen zu Mängeln bei der Altersfeststellung von Flüchtlingen gekommen sei. Wir verurteilen diese schrecklichen Taten und fordern eine gerechte Bestrafung der Täter.**

Die AFD-Fraktion sucht auch in Darmstadt nur einen Aufhänger, um pauschal gegen minderjährige Flüchtlinge hetzen zu können. Dabei lassen sie die schlim-

men Erlebnisse vieler junger Flüchtlinge unerwähnt und äußern sich nicht zur notwendigen Hilfe.

Sicher ist die Frage des Alters für das mögliche Strafmaß wichtig, da Minderjährige unter das mildere Jugendstrafrecht fallen, Volljährige unter das Erwachsenenstrafrecht.

Es gibt aber eine gesetzliche Regelung. Nach dem Wortlaut des Gesetzes scheint klar, was geschieht, wenn das Alter eines Asylbewerbers nicht eindeutig zu erkennen ist: Im „Zweifelsfall“, heißt es im Paragraphen 42 f des Achten Sozialgesetzbuches, „hat das Jugendamt eine ärztliche Untersuchung zur Altersbestimmung zu veranlassen“.

Daraufhin erfolge dann eine „qualifizierte Inaugenscheinnahme“. In der Regel setzen zwei Sozialpädagogen anhand einer

Liste mit Kriterien wie „Körperbau“, „Bartwuchs“ oder „Gesamteindruck“ das Alter fest.

Die meisten der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sind zwischen 16 und unter 18 Jahre alt sind, so dass eine generelle medizinische Untersuchung für die Feststellung der Minderjährigkeit zumeist nicht hilfreich und zielführend ist.

Große Bedenken seitens der Medizin gibt es seitens der Einführung der Altersüberprüfung durch Röntgenmaßnahmen. Im Sinne der Verhältnismäßigkeit kann diese im Saarland durchgeführte Maßnahme die Ultima Ratio sein wegen Gesundheitsrisiken. Röntgen



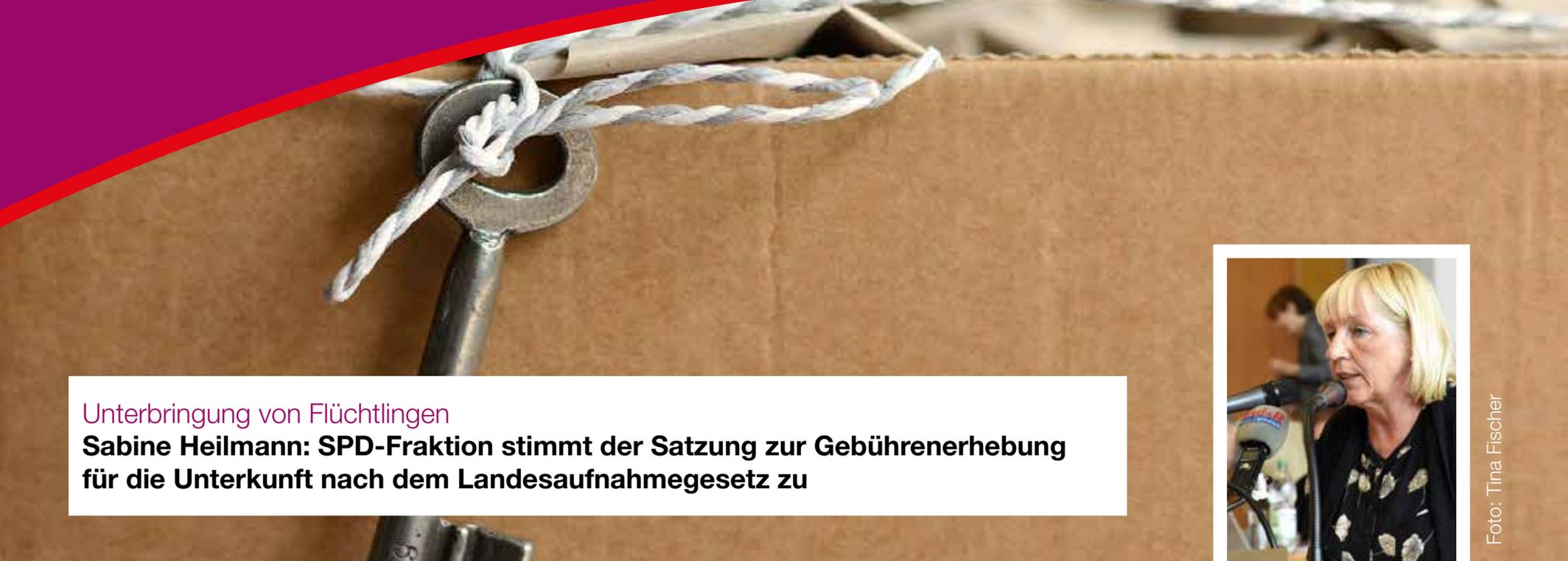


ohne medizinischen Anlass verletze die körperliche Unversehrtheit und sei nur im Rahmen eines Strafprozesses zulässig.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Forensische Altersdiagnostik, Professor Andreas Schmeeling, erklärte „Zwar kann man nicht das exakte Alter bestimmen, doch der zweifelsfreie Nachweis der Volljährigkeit ist möglich.“ Wie die SPD Fraktion auf Bundesebene befürworten wir zur Nachbesserung einheitliche Standards, auf die sich Bund und Länder einigen sollten. Es ist unbefriedigend, wenn jedes Jugendamt in Deutschland weitestgehend eigenständig entscheidet, wie die Altersfeststellung erfolgt, wenn kein Personaldokument vorliegt. Auch über die Forderung nach einer zentralen Anlaufstelle muss man diskutieren.

Eine generelle Untersuchungspflicht mangels gesetzlicher Grundlage lehnen wir ab und lehnen die Abweichungen unseres Rechtsstaats ab. Wir kritisieren den Vorstoß der AFD als polemisch und lehnen den Antrag ab. (sh)





## Unterbringung von Flüchtlingen

### Sabine Heilmann: SPD-Fraktion stimmt der Satzung zur Gebührenerhebung für die Unterkunft nach dem Landesaufnahmegesetz zu



Foto: Tina Fischer

**Die Gebühren für die Unterbringung von Flüchtlingen basieren nun auf einem Landesgesetz. Mit einer solchen Satzung ist für Kommunen endlich eine Rechtsgrundlage durch Landesrecht geschaffen worden, die rückwirkend zum Jahresbeginn 2017 Geltung erlangt bezüglich der Abrechnung der Kosten der Unterkunft.**

Der monatliche Gebührensatz für 2017 und 2018 in Höhe von 442,59 € wurde nach richtigen Kriterien mittels einer Mittelberechnung aller Kosten der Erstwohnhäuser entwickelt und soll nach Schließung eines Erstwohnhauses angepasst werden.

Auf Nachfrage der SPD-Stadtverordneten Sabine Heilmann im Sozialausschuss antwortete Stadträtin Barbara Akdeniz, dass die angeordnete Schließung der Michaelisgemeinde durch das Land keine Auswirkung

auf die Satzung haben wird; eine Änderungssatzung kann vermieden werden.

Die Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen im Sinne des hessischen Landesaufnahmegesetzes ist von den zuständigen Fachämtern nach einer Mustersatzung des Städtetags abgestimmt worden.

Ansonsten erfolgt die Gebühr im Einzelfall unter Berücksichtigung der Einkommenssituation und unter Berücksichtigung der persönlichen Lebenssituation des hilfesuchenden Flüchtlings; sie kann in Ausnahmefällen oder im Härtefall teilweise oder ganz ausgesetzt werden. Folglich scheint die Gebühr angemessen und zumutbar und kann ermittelt werden im Einzelfall.

Es handelt sich um eine ordnungsrechtliche Gebühr, die vergleichbar ist mit der Obdachlosengebühr und ein Vergleich mit der ortsüblichen Miete nach Mietpiegel ist nicht gegeben. (sh)



## kurz gefragt & schnell beantwortet



Foto: SPD Darmstadt

**Ursula Knechtel:** „Wann werden die vor dem Familienbad am Woog dringend benötigten Fahrradständer angebracht?“

**Baudezernentin Dr. Barbara Boczek:** „Zusätzliche Fahrradständer wurden an dieser Stelle geprüft und aufgrund der engen Situation und des denkmalgeschützten Ensembles abgelehnt. Für einfache Radbügel hätte ein geschotterter Untergrund hergestellt und der Rasen entfernt werden müssen. Gestalterisch ansprechende Bügel benötigen Fundamente, die wegen der Bäume (Schädigung der Baumwurzeln) an dieser Stelle nicht möglich sind. Der erhöhte Bedarf entsteht an wenigen Hochsommer-Badetagen, die Radbügel stehen aber 365 Tage im Jahr in der Landschaft. An normalen Besuchstagen arrangieren sich die mit dem Rad Kommenden mit den vorhandenen Zaungitter und der Rasenfläche.“

**Knechtel, Zusatzfrage:** „Ist bekannt, dass auf dem Gehweg vor dem Bad durch die wild abgestellten Räder Gefahren entstehen für Passanten?“

**Boczek:** „Das werden wir mal prüfen und dem nachgehen.“



Foto: SPD Darmstadt

**Tim Huß:** „Gibt es einen neuen Stand zur Bebauung des Saladin-Ecks?“

**OB Jochen Partsch:** „Prinzipiell hat sich nichts geändert. Wir führen Verhandlungen, auch mit anderen Partnern.“

**Huß, Zusatzfrage:** „Gibt es eine Idee, wann die Verhandlungen abgeschlossen sind?“

**Partsch:** „Das kann ich Ihnen nicht sagen.“

**Brigitte Zypries, Zusatzfrage:** „Mit welchen anderen Partnern werden Verhandlungen geführt?“

**Partsch:** „Auch das kann ich Ihnen nicht sagen.“





## kurz gefragt & schnell beantwortet



Foto: SPD Darmstadt

**Michael Siebel:** „Ist dem Magistrat bekannt, dass die Hundekotbehälter in Arheilgen von den dortigen Hundebesitzern als ungünstig platziert und nicht ausreichend angesehen werden und was gedenkt er, gegebenenfalls dagegen zu tun?“

**Stadtkämmerer André Schellenberg:** „Wir haben 2014 den Versuch gemacht und Hundekot-Tütenspender aufgestellt. Die wurden aber durch Vandalismus zerstört. Deshalb stellten wir keine dieser Tütenspender mehr auf. In diesem Jahr haben wir aber in Arheilgen acht neue Standorte mit Hundekot-Behältern versehen. Zudem ist auch unser Programm, 100 neue Mülleimer aufzustellen, noch nicht ausgeschöpft. Hierfür nehmen wir noch Wünsche aus der Bevölkerung entgegen – vorzugsweise dort, wo der EAD sowieso reinigt. Bloß Tütenspender werden wir wegen des Vandalismus nicht mehr auf.“

Siebel: „Bei der Erhöhung der Hundesteuer wurden Investitionen als Grund angeführt. Genannt wurde die Schaffung von Hunderauslaufwiesen sowie in Aufstellung von Tütenspendern. Wenn die Spender jetzt nicht mehr aufgestellt werden, heißt das, dass die Hundesteuer wieder gesenkt werden kann?“

**Schellenberg:** „Wir haben die Bürgerpark-Hundewiese beleuchtet, Tütenspender waren aber damals schon ausgenommen, weil der Versuch bereits fehlgeschlagen war.“

